

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>	Gremium:	<b>58. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
CDU-Gemeinderatsfraktion	Termin:	<b>27.01.2009</b>
vom: 18.12.2008	Vorlage Nr.:	<b>1652</b>
eingegangen: 19.12.2008	TOP:	<b>18</b>
	Verantwortlich:	<b>öffentlich Dezernat 4</b>
<b>Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes</b>		

Nach verwaltungsinterner Zusammenstellung liegt für eine große Anzahl von Projekten eine haushaltsreife Planung vor und diese finden großteils im DHH 2009/2010 auch Berücksichtigung. Für weitergehende Maßnahmen lässt der Haushalt keinen Spielraum.

Derzeit sind keine - über die allgemeinen Anforderungsprofile hinausgehenden - speziellen Anforderungsprofile bekannt, die für eine Förderung aus einem der Konjunkturprogramme erfüllt sein müssen.

Die Stadtverwaltung sagt zu, die Planreife geeigneter Maßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls voranzutreiben, um Förderungen aus einem der Konjunkturpakete beantragen zu können.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit		

1. und 2.

Nach verwaltungsinterner Zusammenstellung liegt für eine große Anzahl von Projekten eine haushaltsreife Planung vor und diese finden größtenteils im DHH 2009/2010 Berücksichtigung (siehe Anlagen 1 - 3). Haushaltsreife, nicht berücksichtigte Projekte (Tränenliste) finden sich in Anlage 4.

Bei den im DHH 2009/2010 berücksichtigten Projekten im Bereich Hochbau und Gebäudewirtschaft handelt es sich hauptsächlich um Schulbausanierungen. Im Bereich Tiefbau sind in erster Linie Straßenbauprojekte und Projekte im Zusammenhang mit Stadtentwässerung/Klärwerk umsetzbar. Auch im Bereich Gartenbau liegen verschiedene Sanierungsmaßnahmen vor, insbesondere von Maßnahmen im Bereich Landschaftspark Rhein und Ostauerpark.

Darüber hinaus gibt es Maßnahmen, die sich in der Planung befinden, die aber für die Aufnahme in den Haushalt die notwendige Reife noch nicht haben.

3.

Die Bundesregierung hat insbesondere mit dem Konjunkturpaket II Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur beschlossen, mit dem auch kommunale Investitionen gefördert werden sollen.

Aus dem Bundeskonjunkturprogramm II (14 Mrd. Euro) werden den Ländern insgesamt 10 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Auf Baden-Württemberg entfällt ein Anteil von 1,2 Mrd. Euro (12,37 %). Die Länder sollen zusätzlich einen Ko-Finanzierungsanteil von 25 % übernehmen, so dass insgesamt 1,65 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Nach Vorgabe des Bundes sollen 65 % auf den Bildungsbereich (Kindergarten, Schulen, Hochschulen) mit Schwerpunkt energetische Sanierung und 35 % auf die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur (Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur, Lärmsanierung an kommunalen Straßen) verteilt werden. Nicht in die Verbesserung der Infrastruktur einbezogen werden Maßnahmen der Abwasserbeseitigung.

Das Investitionsprogramm des Landes Baden-Württemberg sieht neben einem Bürgerschaftsprogramm und dem landeseigenen Investitionsprogramm eine Aufstockung des Kommunalen Investitionsfonds (KIF) in den Jahren 2009 und 2010 um insgesamt 300 Mio. € vor. Diese Erhöhung des KIF soll durch entsprechende Kürzungen ab 2011 refinanziert werden.

Eine Abstimmung zwischen Bund- und Landesprogrammen ist Gegenstand weiterer Gespräche zwischen Land und kommunalen Landesverbänden. Ebenso soll dabei die Aufteilung auf die in Frage kommenden Infrastrukturbereiche erörtert und festgelegt werden.

Derzeit sind keine - über die allgemeinen Anforderungsprofile hinausgehenden - speziellen Anforderungsprofile bekannt, die für eine Förderung aus einem der Konjunkturprogramme erfüllt sein müssen. Durch das Infrastrukturprogramm des Landes sollen insbesondere mittelfristig geplante Maßnahmen in die Jahre 2009 und 2010 vorgezogen werden. Dies dürfte viele bereits von den Städten und Gemeinden beantragte Projekte betreffen, deren Umsetzung aber bisher an der fehlenden Ko-Finanzierung des Landes gescheitert ist.

Zahlreiche Bau- und Investitionsvorhaben, die durch die Konjunkturprogramme von Bund und Land eine zeitnahe Ko-Finanzierung erhalten können, sind im DHH 2009/2010 aufgenommen.

Für weitergehende Maßnahmen lässt der Haushalt keinen Spielraum.